Corona: Die Pandemie-Krise als Türöffner für den autoritären „Klimaschutz“-Staat

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 14. April 2020

Durch die Corona-Krise sind notorische Klima-Alarmisten schlagartig aus dem Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit katapultiert worden. So ist es um den langjährigen Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Hans Joachim Schellnhuber, ebenso still geworden wie um die grünen Galionsfiguren Robert Habeck, Annalena Baerbock und Anton Hofreiter oder die Fridays-for-Future-Aktivisten um Greta Thunberg und Luisa Neubauer. Darauf reagiert „Klima-Greta“ in ihrer üblichen trotzig-infantilen Art, indem sie – ohne jedweden klinischen Beleg – in die Welt hinausposaunt, auch sie sei bereits von dem Virus befallen gewesen. Dahingegen gehen andere Vorreiter der Klimabewegung subtiler vor, um wieder Beachtung zu erlangen und darüber hinaus strategische Vorteile aus der verheerenden Pandemie-Krise zu ziehen.

Sie registrieren erfreut, dass die verängstigte Bevölkerung sich momentan recht willig den umfassenden staatlichen Zwangsmaßnahmen unterwirft, von denen Regierungskritiker wie der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier sagen, dass hier eine beispiellose *„Außerkraftsetzung von Freiheitsrechten zugunsten eines Obrigkeits- und Überwachungsstaates“* erfolge, welche in vielen Fällen nicht mehr durch die Notlage infolge der Corona-Welle gerechtfertigt sei.

Richter warnt vor Obrigkeitsstaat

Und tatsächlich kontrolliert die Polizei hierzulande teilweise schon Einkaufstaschen vor Supermärkten, um festzustellen, ob die Bürger während ihres „Ausgangs“ denn wirklich nur „lebenswichtige“ Dinge erstanden haben. Oder sie scheucht hoch zu Ross durch die Parks patrouillierend Einzelpersonen von den Bänken hoch, als ob nun auch die kommunalen Sitzmöbel vor einer Infektion geschützt werden müssten. Ganz abgesehen von den ausdrücklichen behördlichen Verboten, die nicht zum unmittelbaren Wohnumfeld gehörende Natur aufzusuchen, obwohl die Ansteckungsgefahr dort im Gegensatz zu den noch „erlaubten“ Supermärkten und öffentlichen Verkehrsmitteln gegen Null tendiert.

Diese Entwicklung beflügelte nun offenbar die Phantasie des ***„Klima-Papstes“ und langjährigen Merkel-Beraters Schellnhuber.*** Der meinte am 26. März im Interview mit der **„Frankfurter Rundschau“**, die Politik solle nach der Corona-Krise eine *„nachhaltige Wirtschaftsstrategie“* fahren, *„die Veränderungen anstößt“*, aber ***„sicher auch Zumutungen an die Bevölkerung beinhaltet“***. Denn ***„wir erleben ja gerade, dass solche Zumutungen – bis hin zur Ausgangssperre – akzeptiert werden, wenn deren Notwendigkeit gut begründet ist“***. **In dasselbe Horn stieß** der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von **Bündnis 90/Die Grünen, Anton Hofreiter**,

gegenüber zahlreichen großen deutschen Blättern, welche seine Auslassungen bereitwillig abdruckten.
Wie weit Politiker der Öko-Fraktion in ihrem manischen Reglementierungsdrang zu gehen bereit sind, demonstrierten jetzt die Gesinnungsgenossen Hofreiters in Österreich: Die Vize-Bürgermeisterin von Wien und Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung, Birgit Hebein, will Straßensperren errichten, um angesichts des momentan rückläufigen Auto-Verkehrs „Platz für Fußgänger“ zu schaffen. Und der grüne Gesundheitsminister unseres alpinen Nachbarlandes, Rudolf Anschober, der schon seit Langem von der „Klima-Revolution“ träumt, triumphierte im öffentlich-rechtlichen ORF :
„Es ist beachtlich, dass wir Dinge in die Wege geleitet haben, wo vor einer Woche jeder gesagt hätte: ‚Das ist unmöglich in Österreich.‘ Dieses Denken werden wir beim Klimaschutz … genauso brauchen … Ich freue mich darauf, wenn wir die Corona-Krise überstanden haben, dass wir dann die Klima-Krise mit einer ähnlichen politischen Konsequenz angehen werden.“
Beifall für solche Phantasien gibt es unter anderem von dem Berliner Soziologen Klaus Hurrelmann, welcher gerade das Buch „Generation Greta. Was sie denkt, wie sie fühlt und warum das Klima nur der Anfang ist“ auf den Markt gebracht hat. Der sagte gegenüber der evangelischen Nachrichtenagentur idea, ***Thunberg und deren Anhängerschar sollten „die Klimakrise und die gegenwärtige Gesundheitskrise“ in einen engen Zusammenhang stellen***. Ja, selbst die Wirtschaftswissenschaftlerin und Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, **Claudia Kemfert**, tönte vor Kurzem: *„Was wir derzeit beim Umgang mit dem Coronavirus lernen, gilt auch beim Klimaschutz.“*

Weniger CO2 „verbrauchen“

Ebenso entdecken nun manche Medien ihr Faible für den Klimanotstand. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Mitteldeutsche Rundfunk **(MDR):** Der stellte am 28. März in einer **Kindersendung** die Frage: ***„Was haben das Corona-Virus und CO2 gemeinsam?“*** Die „kompetente“ Antwort hierauf lautete: Der Erreger und das Kohlendioxid seien beide „winzig klein und mit dem bloßen Auge nicht zu sehen“. Danach ließ die Moderatorin Michaela Koschak die Katze aus dem Sack: „Von Corona wird man ziemlich krank. Aber auch von CO2 wird man krank.“ Glücklicherweise würden die Menschen von dem Letzteren ***jetzt deutlich weniger verbrauchen – die studierte Meteorologin sagte tatsächlich „verbrauchen“*** –, „weil wir nicht so viel rausgehen“. Danach äußerte Koschak die Hoffnung, dass dieser Ausnahmezustand nach der Pandemie noch möglichst lange anhalten werde: ***„Da tun wir was Gutes für unser Klima.“***
Die **behördlichen Verbote und Freiheitseinschränkungen aufgrund der Corona-Krise**, welche von Leuten wie Koschak, Hofreiter und Schellnhuber bejubelt werden, schaffen – so notwendig die Maßnahmen derzeit oft auch sein mögen – gefährliche Präzedenzfälle, die **den Klima-Alarmisten in die Hände spielen**. Deshalb sollte die durchaus berechtigte Angst vor einer weiteren Ausbreitung des Virus keinesfalls dazu führen, dass in der

Bevölkerung statt der wünschenswerten Herden-Immunität am Ende eine schafsähnliche Herden-Folgsamkeit entsteht. Denn die könnte die Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes am Ende noch deutlich teurer zu stehen kommen als die derzeitigen, bereits ziemlich ruinösen Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche.

==========

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :
Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 11. April 2020, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : **https://www.preussische-allgemeine.de/**

==========